

**Haushaltsrede von Erhard Demmer, Vorsitzender der Kreistagsfraktion von  
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, vom 17. März 1999**

**(Es gilt das gesprochene Wort!)**

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,  
liebe Kolleginnen und Kollegen Kreistagsabgeordnete,  
liebe Transporteure aktueller Nachrichten,  
ein Gruß an die Verwaltungsbänke,  
sehr geehrte Gegenkandidaten!

Der Landrat hat in seiner Haushaltsrede ein Zeichen mit einem Bismarck-Zitat setzen wollen.

Wir setzen den Weltbürger Goethe dagegen und erlauben uns mit ihm folgendes Urteil:

**"In bunten Bildern wenig Klarheit,  
Viel Irrtum und ein Fünkchen Wahrheit  
So wird der beste Trank gebraut,  
Der alle Welt erquickt und auferbaut."**

**Erste Vorrede**

Über den Haushalt, soweit er sich in Zahlen ausdrückt, brauchen wir hier nicht mehr zu diskutieren. Die sog. "freie Spitze" kennen wir nur noch als blasse Erinnerung aus früheren Zeiten, die "Misere der kommunalen Finanzen" beklagen wir seit Jahren – 16 Jahre Erblast kommunalfeindlicher Politik in Bonn lassen sich eben nicht so schnell abtragen. Aber: Die rot-grüne Landesregierung tut ihr Bestes, der rot-grün geführte Landschaftsverband senkt kontinuierlich die Umlage – leichte Entspannung ist also angesagt. Doch auch die kreisangehörigen Kommunen müssen den zukünftigen Euro zweimal `rumdrehen.

## Seite 2 der Haushaltsrede 1999 von Erhard Demmer, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Ergebnis: Der Umfang des Haushaltes wird außerhalb des Kreistages definiert, die Kreisparteizentrale der CDU gibt die Eckpunkte vor, der hiesige Fraktionsvorsitzende übt sich im Spagat, sich darin verbiegend, die Interessen von Stadt- und Kreis-CDU auszugleichen.

Dem Kämmerer obliegt dann die schwierige Aufgabe, die Vorgaben umzusetzen, für ihn und sein Team kein Problem. Ebenso keins, die Informationswünsche meiner Fraktion schnell und präzise zu befriedigen. Dafür herzlichen Dank an die Kämmererei, an den Kämmerer und an die beteiligten Fachämter.

Noch wichtiger als der Umfang des Haushaltes ist, sich anzusehen, wofür das Geld ausgegeben werden soll und wer dies bestimmt. Darin finden Sie die Begründung, warum die Fraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN den Haushalt ablehnt.

### **Zweite Vorrede**

Spätestens seit der Kreisausschuss-Sitzung in Meerbusch dürfte jedem kritischen Beobachter klar sein, wer die CDU-Fraktion führt: Es ist Dieter Patt mit der Kreisverwaltung im Rücken. Er, als von der Partei gewünschte Führungsfigur formuliert und repräsentiert die Leitlinien der herrschenden Kreispolitik.

Setzen wir uns also mit der neuen politischen Konstellation auseinander.

„ABSCHREIBEN, AUSSCHLACHTEN, UMBIEGEN“, so kommentiert meine Fraktion zu Recht immer häufiger die Verwaltungsvorlagen für Kreistag, Kreisausschuss und Fachausschüsse.

Nun kann man ja nichts gegen „abschreiben“ haben, wirtschaftlich ist es sinnvoll, um Steuern zu sparen, in der Schule der beste Weg, ohne viel Aufwand auf die Ideenpotentiale anderer zurückzugreifen. Geschickt ist es zudem, wenn man das Abgekupferte als eigene Idee verkauft und dem anderen vorwirft, er habe abgeschrieben

### Seite 3 der Haushaltsrede 1999 von Erhard Demmer, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Kostproben gefällig: Bitte sehr. Vorab die umfangreichste:

In der Wirtschafts-(förderungs)politik versteht sich die CDU offenbar als verlängerter Arm der Unternehmerschaft Niederrhein und der IHK. Man muß sich nur die Mühen machen, die jeweils aktuelle Nummer der "Kammer" (IHK-Mitgliederzeitschrift) zu lesen, um eine Vorstellung davon zu bekommen, was als nächste Idee zuerst die Medien und dann den Kreisausschuss erreicht. Nun heißt das nicht, daß die Programmatik von Unternehmerverband und IHK pauschal abzulehnen sind, im Gegenteil, die Vorschläge sind Eckpunkte für jede wirtschaftspolitische Debatte, doch hemmt deren kritiklose Übernahme die Entwicklung des Kreises Neuss.

Garzweiler II ist das markanteste Beispiel. Statt sich das Wissen um die verheerenden Folgen wirtschaftlicher Strukturbrüche (Steinkohle, Werften, Stahl) zunutze zu machen, will die herrschende Kreispolitik an überkommenen Strukturen festhalten und sie zementieren, statt mitzuhelfen, die Weichen für einen nachhaltigen Strukturwandel mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu stellen.

So auch die Synode des ev. Kirchenkreises Gladbach.

Erinnern wir uns: Kaum ist der Knall der Sektkorken wegen der Genehmigung von Garzweiler II im Braunkohlerevier verhallt, machen Informationen von Rheinbraun und RWE zum Arbeitsplatzabbau die Runde. Die Umstrukturierung des Konzerns läßt nicht nur Vorstände wie Farnung und Hlubek Privatiers werden, sie bedroht auch aktuell und akut die Arbeitsplätze von ca. 3.500 Mitarbeitern. Die in einer IHK-Studie propagierte, vom CDU-Spitzenkandidaten Patt bereitwillig kolportierte Zahl von 50.000 Arbeitsplätzen, die direkt und indirekt vom Tagebau abhängen sollen, wird von RWE-Chef Kuhnt schon realistischer gesehen.

Er spricht nur noch von 15.000, allerdings direkt und in Randbereichen des Tagebaus Beschäftigten. Wohlgermerkt: Vor der Umorganisation, die die Geschäftsbereiche Braunkohle und Gas nun auch als Wettbewerber auftreten lässt und vor der sich durchsetzenden Liberalisierung des Strommarktes.

Unabhängige Beobachter argumentieren so:

”Die Kritik an Garzweiler II und den dadurch gebundenen 20 Milliarden Mark für neue Kraftwerke will nicht verstummen. Nach außen demonstrieren die Essener Standfestigkeit, doch einige Beobachter beschäftigt mittlerweile nur noch die Frage, wie ein Verschieben oder eine Teilaufschließung des umstrittenen Braunkohleprojektes möglichst elegant verbrämt werden kann. (...) Um mit neuen, leistungsfähigen Gaskraftwerken mithalten zu können, müsste Garzweiler II ”um die Hälfte billiger werden” – dieses Zitat entstammt nicht einer grünen Zeitung, nein, es ist dem Managermagazin vom Februar 99 entnommen. Ähnliches liest man im Handelsblatt.

Ein Blick in den RWE-Finanzplan zeigt, dass für den Neubau von Kraftwerksblöcken erstaunlich wenig Geld angesetzt ist, erstaunlich, wenn man bedenkt, dass RWE völlig unabhängig davon, ob Garzweiler II kommt, einen großen Teil seiner Kraftwerksblöcke modernisieren muss. Denn Garzweiler I läuft bis 2010, Hambach und Inden bis 2035 – Tagebaue, die niemand in Frage stellt, die, verbunden mit den Entsorgungs- und Rekultivierungsmaßnahmen, jahrzehntelang Arbeitsplätze binden und Zeitfenster für den Strukturwandel öffnen.

Nüchterner Sachverstand hilft hier eher weiter als Blut-und-Boden-Rhetorik à la ”für die nationale Energieversorgung große Opfer bringen”.

Übrigens: in Ostdeutschland sind die Braunkohle-Kapazitäten schon jetzt nicht ausgelastet.

Jutta Sapotnik und ich haben zuletzt im Dezember unter der Überschrift ”Garzweiler und die falschen Freunde” in der vielgelesenen Kreispostille auf diese Entwicklungen noch einmal hingewiesen, eine Fortsetzung unserer Warnungen, die wir das gesamte Jahr 1998 über an die Kreisöffentlichkeit gerichtet haben. So auch in der letztjährigen Haushaltsrede: ”Die ökonomische Entscheidung gegen Garzweiler II könnte die politische überrollen”.

Was vor einem Jahr als Möglichkeit formuliert wurde, entwickelt sich jetzt als Gewissheit. Neu ist nur das Schwarze-Peter-Spiel.

## Seite 5 der Haushaltsrede 1999 von Erhard Demmer, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Zuerst waren natürlich die Grünen schuld, als würde sich ein Mega-Konzern von einer kleinen Partei etwas sagen lassen. Die Vorgänge in Bonn bezeugen das Gegenteil: Wer in Deutschland nicht nach der Pfeife von Groß- und Altindustrie und den Großbanken tanzen will, muss gesellschaftliche Unterstützung organisieren, da reicht kein einmaliger Wahlakt.

Nun soll die Bundesregierung schuld sein. Die Rückstellungen sinds – tönt es aus Konzern und CDU. Bei näherer Betrachtung ein hilfloses, verlogenes Argument.

All diese Vorgänge beeindruckten weder Industrieverbände noch IHK noch CDU noch den Landrat. Er sucht die Nähe zur Großindustrie und fungiert als deren Sprachrohr.

Wir von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fordern Sie auf: Lassen Sie ab von der Möglichkeit, die Fahrtrichtung des Zuges durch Entgleisung ändern zu wollen, stellen Sie mit uns die Weichen anders!

Das zweite Beispiel in aller Kürze:

Frühzeitig wollen wir durch die Beratungsagentur zur Initiierung von Beschäftigung die Arbeitslosigkeit von Sozialhilfeempfängern und nicht die Arbeitslosen selbst bekämpfen. Über ein Jahr später, ein verlorenes Jahr, kommt der Landrat halbherzig auf unseren Vorschlag zurück und nennt das jetzt neudeutsch Job-Center.

Dieser Terminus entstammt aus dem New Deal des Tony Blair, er hört sich gut an, zementiert aber nur die bestehenden Strukturen.

Die weitere Zusammenarbeit mit Maatwerk beschränkt sich auf den Bereich Sozialhilfe, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN haben einen umfassenderen Ansatz.

Ein drittes Beispiel:

Die sogenannte Außenwirtschaftspolitik. Alles spricht zunächst einmal für – gerade auch wirtschaftliche – Kontakte ins Ausland zu pflegen - aber:

Eine solche Akzentuierung in der Wirtschaftsförderung darf sich nicht darauf beschränken, die Aktivitäten der Reminex zu kopieren. Deren von der IHK bestimmtes Konzept ist, Anfragen aus der heimischen Wirtschaft zu bedienen. Das gehört zu den Aufgaben der IHK und ist nicht zu beanstanden, sieht man einmal von der ordnungspolitischen Bedenklichkeit dieser Tätigkeit, die freie Berater mittlerweile zwar einbindet, aber im großen und ganzen gegen sie konkurriert, ab.

Kreispolitik muß hier andere Akzente setzen. Sie muß gestalten wollen. Zunächst muss sie getragen werden von der Zustimmung der kreisangehörigen Kommunen – hieran, so scheint es uns, mangelt es.

Zweitens muss das Begründungsmuster, man gehe schließlich in Zukunftsmärkte, auf den Prüfstand. Die letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass die sogenannten Zukunftsmärkte als Tiger starteten und über Nacht als Bettvorleger landeten. Der ostasiatische Raum, China und Lateinamerika sind von Krisen gebeutelt. Hinzu kommt – wie auf meine Nachfrage in der letzten Kreisausschuss-Sitzung von Herrn Lasseur dargestellt wurde -, dass 85 % der Exporte des hiesigen Wirtschaftsraumes in Europa verbleiben. Dieses Faktum hat unsere Fraktion schon immer behauptet, es muss eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik mit sich bringen. Da hilft es nicht, den Euromarkt als Binnenmarkt umzudefinieren, Herr Patt.

Drittens: Wer fördern und helfen will, sollte die Potentiale einer Kreiswirtschaftsförderungspolitik realistisch einschätzen und sich auf kleine und mittlere Betriebe beschränken, die sind auf Hilfestellung angewiesen. Dort entstehen die Arbeitsplätze. Ein Bayer-Konzern hingegen braucht ebenso wie RWE keine Unterstützung durch einen Kreis, diese global player organisieren ihre Kontakte selbst.

## Seite 7 der Haushaltsrede 1999 von Erhard Demmer, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Erstaunlich ist, dass der Landrat Patt dies dennoch immer wieder herausstellt. Erstaunlich, dass er sich beim Thema Garzweiler II immer wieder auf die gleiche Linie wie die Landes-SPD begibt.

Bemerkenswert, dass er die Nähe zu Ministerpräsident Clement in vielen Briefen sucht. Ist der CDU-Spitzenkandidat im Kern ein sozialdemokratischer Anti-Traditionalist?

Wir meinen: Wer zuviel rummüllert und -schrödert, der könnte irgendwann im Delirium Clements landen.

Aber das ist nicht unser Problem, es ist eines der SPD, sich von der Kreis-CDU abzusetzen.

Genug der Kritik! – Unverzichtbares Element oppositioneller Arbeit und Begründung dessen, warum das Alte abgewählt werden muss. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN streben im September mit neuen Mehrheiten eine andere Kreispolitik an.

„Ein neues Lied, ein besseres Lied,  
o Freunde will ich dichten!  
Wir wollen hier auf Erden schon  
das Himmelreich errichten.  
Wir wollen auf Erden glücklich sein  
und wollen nicht mehr darben.  
Es wächst hiernieden Brot genug  
für alle Menschenkinder,  
auch Rosen und Myrten,  
Schönheit und Luft  
und Zuckererbsen nicht minder.  
Ja, Zuckererbsen für jedermann,  
sobald die Schoten platzen!  
Den Himmel überlassen wir  
den Engeln und den Spatzen!“

(Heinrich Heine)

## Seite 8 der Haushaltsrede 1999 von Erhard Demmer, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Ja, ein Himmelreich auf Erden werden wir nicht errichten können und wollen, aber ein "Stück Himmelreich auf Erden", eine Vision dessen, wie sich Gesellschaft verändern muss, werden wir uns nicht nehmen lassen. Gestalterische Politik, auch im Kreis Neuss, ist mehr als eine Mischung aus Pragmatismus und Shareholder Value.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN wollen den Kreis verändern, indem wir ihn weiterentwickeln. Wir wollen einen Kreishaus bauen – nicht nur in Neuss –, in dem sich alle wohlfühlen. Solide Fundamente soll es haben, sich ihrer bewusst sein, und es soll nicht bei jedem Aufwind drohen abzuheben. Die Menschen werden genug Arbeit finden, der sie auch in Zukunft nachgehen können, sie können zufrieden darin leben. Keiner braucht mehr unter Brücken zu schlafen!

Viele Generationen bewohnen das Haus, sie respektieren sich und ihre Freiräume. Eine lebendige Kultur entfaltet sich, die nicht nur die Berühmten und Bekannten ins Haus holt, sondern auch – dem Diktum Joseph Beys folgend "jeder Mensch ist ein Künstler" – die kreativen Potentiale der Hausbewohner stärkt. Die Türen sind offen – Drehtüren abgeschafft – große Fenster lassen den Blick von außen nach innen und von innen nach außen zu. Produktion, Distribution und Konsumtion sind den Kriterien der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit verpflichtet. Die umweltverträgliche Energieversorgung ist dezentralisiert, der Wärmebedarf minimiert, Ökostrom fließt. Das Wasser kommt aus eigenen Werken, die endlich miteinander kooperieren und sich anschicken zu fusionieren.

Das Kreishaus hat gute Verbindungen zu den Nachbarn, auch zu denen, die etwas weiter weg wohnen. Der Austausch beschränkt sich nicht nur auf Güter und Dienstleistungen. Zu den nahen Nachbarn ist ein Netz umweltfreundlicher Verkehrssysteme aufgebaut. (Menschen kommen sogar abends von Grevenbroich nach Dormagen!)

Lernen, sich fort- und weiterbilden können alle, die dafür geschaffenen "Räume" sind innovativ und kreativ ausgerichtet.

Die praxisbezogene Neugier auf Neues, das Entdecken und Forschen ist an die Stelle des Messens, Vergleichens und Selektierens getreten – mensch spricht wieder von Bildung, Erziehung und Ausbildung.

Die Außenanlagen erfreuen, das Haus ist eingebettet in eine gewachsene Kultur- und Naturlandschaft, deren Traditionen respektiert und weiterentwickelt werden.

Nun könnte der falsche Eindruck entstehen, hinter diesen Visionen stecke viel heiße Luft, und wir ahnen schon den Einwand, die Rahmenbedingungen müßten doch konkret verbessert werden. Dem möchten wir mit Johannes Groß entgegenhalten: "Einen Rahmen formen, macht nur Sinn, wenn man ein Bild hat."

Erst dann kann sinnvoll konkretisiert werden:

Ausgehend von unserem Antrag im Februar 98 "Den Strukturwandel steuern und gestalten – zukunftsfähige Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklungsinitiativen" erarbeitet die Fraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zur Zeit ein konkretes Programm, - ein alternatives, neues Kreisentwicklungskonzept. Es wird etwa Mitte Mai vorliegen.

Einige wichtige Eckpunkte daraus, die unsere Vorstellung davon, wie sich die Politik im Kreis Neuss verändern muss, belegen, stelle ich Ihnen jetzt vor:

Voraussetzung für ein Entwicklungskonzept ist der Austausch und die Verständigung des Kreises mit Städten und Kommunen über Ziele, Mittel, Träger und Wirkungen einer **Wirtschaftsförderung**. Damit erst erwächst aus einer reinen Wirtschaftsförderung ein zukunftsorientiertes Konzept zur Kreisentwicklung. Ein sich von anderen Kreisen und kreisfreien Städten abhebendes Profil ist wiederum die beste Voraussetzung für ein erfolgreiches regionales Marketing im nationalen, europäischen und internationalen Raum.

Nach einer interkommunalen Bestandsaufnahme und kritischen Diagnose der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit im Kreis gilt es, die gemeindewirtschaftspolitischen Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl sozial- und umweltverträglich als auch zukunftsfähig sind.

### **Leitbild I**

#### **Wirtschaftsförderung – ein zukunftsfähiger Kreis mit nachhaltiger Entwicklung**

Grünes Ziel ist die Verbesserung der Produktionsbedingungen der lokalen Wirtschaft – insbesondere der kleineren und mittleren Betriebe -, die Ansiedlung wachstumsstarker zukunftsfähiger Betriebe zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, zur Herstellung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur und dem Vermeiden von Monostrukturen. Hierbei ist die Schaffung von Strukturen für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am Wirtschafts- und Erwerbsleben zu berücksichtigen, um den besonderen Anforderungen an Beruf und Familienleben gerecht werden zu können.

Grüne Politik fordert ein kreisgemeinsames Flächenmanagement als vorrangige Aufgabe der Kommunen, die Nutzung öffentlicher Abgaben zur Steuerung unter Moderation des Kreises, den Abbau bürokratischer Hemmnisse bzw. Beschleunigung von Verwaltungsabläufen, gezielte Infrastruktur-Investitionen und öffentliche Aufträge, finanzielle Anreize zu verbesserter Flächennutzung, eine kreisweit koordinierte Boden- (vorrats)politik.

Die Standortattraktivität ist durch ein Kreismarketing für Kultur- und Freizeit- und Sporteinrichtungen, und damit die Verbesserung eines bürger- und unternehmensfreundlichen Klimas, zu fördern.

Um diese Ziele zu erreichen, muss die Kreispolitik konkrete Projekte in Angriff nehmen. Aus 25 haben wir 5 ausgewählt, die ich jetzt nur stichpunktartig darlegen kann:

1. Transparenz der Wirtschaftsfördermöglichkeiten und Anpassung an die Bedürfnisse der kleinen und mittelständischen Unternehmen
2. Funktion / Rolle / Aufgaben der Sparkassen besser nutzen, Bereitstellen von Risikokapital, Nutzung von Landesinitiativen wie der WIN-Wagniskapitalagentur NRW
3. Verbesserung der Qualifikation von NeugründerInnen, kostenlose Beratung und Begleitung in den ersten 12 Monaten
4. Einrichtung eines Gründerzentrums
5. Innovationswettbewerb in Richtung Umweltverträglichkeit der Projekte, sozialverträgliche Technikgestaltung und Technikfolgen / Förderung der Ansiedlung von Firmen des alternativen Energiebereiches

## **Leitbild II**

### **Beschäftigungsförderung – ein sozialverträglicher Kreis**

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein Schwerpunkt der politischen Arbeit von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN. Die von uns vorgeschlagene Beschäftigungsgesellschaft, die die Kreisgemeinschaft stärken würde, ist mehr als ein Job-Center. Sie setzt auf mehr Eigeninitiativen des Kreises als Sozialhilfe- und Berufsschulträger, auf Kooperation mit Kommunen, Verbänden und Arbeitsamt. Inhaltlich müssen neben den bewährten Qualifizierungsmaßnahmen - wie berufsbegleitende Fortbildungen oder Umschulungen sowie Ausbildungsmaßnahmen im dualen System - verstärkt modellhafte Projekte für moderne Berufe für den Kreis Neuss entwickelt werden.

Dabei kommt es auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Schulträgern, Arbeitsverwaltung, Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertretern sowie Vertretern der Qualifizierungsmaßnahmen an. Ziel dieser kommunalen Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung muß dabei sein, in zukunftsfähige Beruf zu investieren, die ökologisch und sozial vertretbar sind. Darüber hinaus sollen in Zukunft grundsätzlich bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen die besonderen Belange von Jugendlichen berücksichtigt werden (Stichworte: niederschwellige Angebote, Motivation, den Ist-Zustand ernstnehmen).

Neben den allgemeinen Arbeitsmarktprogrammen müssen hierbei auch Frauen stärker berücksichtigt werden. Der Wechsel zwischen verschiedenen Erwerbs- und Tätigkeitsformen – zwischen Voll- und Teilzeitarbeit, Erwerbslosigkeit und Qualifizierung, Familienarbeit und Beruf muss erleichtert werden. Traditionell werden in Neuss nur Programme für Familienernährer gefördert.

Auch muss die Eigeninitiative von Frauen gefördert werden. Dazu zählen u.a. Förderprogramme für Existenzgründerinnen.

Die CDU hält an der bisherigen Sozialhilferegulung fest, obwohl diese gescheitert ist. Wie auch die CDU selbst, die es nicht geschafft hat, die Kreisgemeinschaft zusammenzubringen. Die Stadt Neuss hat die Regelung platzen lassen.

Auch der Landrat und der Sozialdezernent halten an einer völlig überholten Konzeption mit Hinweis auf eine mögliche Gesetzesänderung in NRW fest. Aber auch die vorgesehene Experimentierklausel greift nur, wenn alle Kommunen im Kreis Neuss zustimmen. Lähmender Stillstand die Folge, wo dringendes Handeln notwendig ist.

Für Bündnis 90 / DIE GRÜNEN ein unhaltbarer Zustand. Die Sozialhilfevereinbarung im Kreis Neuss ist gescheitert, der Kreishaushalt wird deshalb um 7,5 Millionen belastet und die Kreisumlage müßte um etwa 1 % steigen.

Wir wollen am Ziel, Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu vermitteln und Finanz- und Aufgabenverwaltung zusammenzuführen, unbedingt festhalten.

Durch ein Bonussystem könnten die Städte und Gemeinden im Kreis motiviert werden, Beschäftigungsverhältnisse für arbeitslose Sozialhilfeempfänger zu begründen und so Sozialhilfekosten senken. Dafür wollten wir in der 2. Jahreshälfte 2 Millionen DM bereitstellen. Als Deckungsvorschlag boten die Bündnisgrünen die weitere Landschaftsverbandsumlage-Senkung in Höhe von 2,38 Mio. DM an. Nach Erfahrungen des Kreises Mettmann rentiert sich diese Investition.

Das Bonussystem ist ein Anreizsystem, von dem die ganze Kreisgemeinschaft profiziert, was die Kreisgemeinschaft stärkt, weil es nur Gewinner gibt. Und: Die ausgezahlten Beträge wurden in den meisten Verwaltungen des Kreises Mettmann erfreulicherweise für eine Verbesserung der technischen und personellen Ausstattung des Sozialamtes verwendet, so dass in den Folgejahren die Anzahl der vermittelten Stellen gesteigert und die Ausgaben insgesamt begrenzt werden konnten.

In der Altenhilfe setzt die CDU auf Stillstand. Sie will weiter forschen, obwohl wir auf Initiative von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN schon seit Jahren eine Pflegekonferenz haben, die den silbernen Plan bereits fortschreibt. Was wir brauchen, ist mehr Qualität und Vielfalt in der stationären Altenhilfe, Betreutes Wohnen statt Vollversorgung für Senioren, Verbesserung der gerontopsychiatrischen Versorgung und eine bürgernahe, effektive und neutrale Altenhilfeberatung in Altentagesstuben.

Der Behindertenfahrdienst muss auf eine neue Grundlage nach niederländischem Vorbild gestellt werden.

### **Leitbild III**

#### **Ein umweltverträglicher Kreis**

Unsere Zielvorstellungen zu Energiepolitik sind hinlänglich bekannt. Wir wollen einen Energiewende-Kreis. Die Kritik am Garzweiler-Konzept hat dies aufgezeigt. Zusätzlich möchte ich noch zwei Bereiche ansprechen: den Flächen- und Naturschutz und damit untrennbar zusammenhängend die Landwirtschaft.

Die Konzeptlosigkeit in der Wirtschaftspolitik setzt sich in der Umwelt- und Flächenplanung des Kreises ungebrochen fort. Mit viel Aufwand werden Landschaftspläne erstellt, deren Umsetzung in den Sternen steht.

Oberstes Ziel der Flächenplanung im Kreis ist die potentielle Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete, so als ob wir einen Mangel an versiegelten Flächen hätten. Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Orten im Kreis treibt dabei seltene Blüten, es werden Gebiete für flächensparenden Reihenhausbau ausgewiesen, und durch unkomplizierte Änderungsanträge darf dann doch jeder machen, was er will.

Was dem Kreis dringend fehlt, ist ein Gesamtkonzept zur Flächenentwicklung. Dieses Konzept kann und muß mit den einzelnen kreisangehörigen Städten aufgestellt werden, nur so läßt sich das knappe Gut unverbauter Boden noch händeln.

Das Waldmehrungsprogramm – eigentlich ein guter Ansatz – leidet unter der Beliebigkeit des Ankaufs von Flächen. Der Kreis übernimmt sogar die Rekultivierungsverpflichtungen von Rheinbraun, in der Stadt Neuss kommt Waldmehrung nicht vor. Hier geht es schon lange nicht mehr um ein Gesamtbild, sondern um ein bloßes Addieren von Miniflächen.

Ansatzpunkte für ein gemeinsames Vorgehen bietet der Agendaprozess.

Wenn die jetzige Entwicklung im Kreis so weitergeführt wird, haben wir bald flächendeckend ausgewiesene Baugebiete, dazwischen neue Straßen und als belebende Elemente Deep Blues, Waikikis und Factory Outlets und zur Erholung gehen wir Skifahren auf der Mülldeponie.

Naturschutzflächen gelten als weicher Standortfaktor, sie sind ein Kriterium dafür, wie attraktiv ein Kreis ist. Im Kreis Neuss liegt deren Anteil an der Gesamtfläche prozentual auf niedrigem Niveau. Es ist Schummelei, wenn der niedrige Prozentsatz dadurch wieder ein bißchen angehoben wird, dass Ackerflächen – die auch weiterhin Ackerflächen bleiben – kurzerhand unter Natur-Schutz gestellt werden. Ein Kreis, in dem die Pufferzonen einer Giftmülldeponie als "Erhaltung einer mit naturnahen Lebensräumen oder sonstigen natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft" bezeichnet werden, disqualifiziert seine Landschaftsplanung selbst.

## Seite 15 der Haushaltsrede 1999 von Erhard Demmer, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN wollen hier eine neue Entwicklung so in Gang setzen, dass Ihnen nicht mehr schwarz, sondern ganz viel grün vor Augen wird. Wir wollen dies auch nicht gegen die Landwirte, sondern mit ihnen im kritischen Dialog umsetzen.

Grüne Politik muss verhindern, dass die herrschende EU-Agrarpolitik die Landwirtschaft zum Sozialfall macht, wozu es der Umstellung auf ökologisches Wirtschaften bedarf und dort auch, dem tatsächlichen Produktionsaufwand entsprechend, auf reale Preisgestaltung. Wichtige Instrumente sind die Förderung regionaler Produkte, Bauernmärkte und die Direktvermarktung. Ökologische Landwirtschaft entspricht auch dem wachsenden Gesundheitsbedürfnis der Bevölkerung

### **Leitbild IV**

#### **Verkehr und Logistik – der Verkehrswendekreis**

Grüne Politik fordert Verkehrsvermeidungsstrategien mit dem Ziel, den Verkehrsaufwand zu senken und Verkehrsverlagerungsstrategien zu entwickeln, um den modal split (die Anteile der verschiedenen Verkehrsträger) so zu verändern, dass mehr umweltverträgliche Verkehrsträger zum Einsatz kommen.

Betrachtet man den Kreis unter verkehrlichen Gesichtspunkten, so ist er kaum existent. Die Rommerskirchener und Dormagener zieht es nach Köln, die Neusser nach Düsseldorf, die Jüchener, Korschenbroicher und Meerbuscher nach Mönchengladbach, die Grevenbroicher überall hin. Untereinander ist der Kreis kaum sinnvoll vernetzt. Von Dormagen nach Grevenbroich z.B. ist es fast eine Weltreise.

Die Kreisverkehrspolitik bewegt sich in der Figur des Kreisverkehrs, das ist intelligenter als in Sackgassen zu fahren, eröffnet aber keine neuen Perspektiven.

Die Kreisverkehrsgesellschaft ist ein Verein zur Verwaltung der Finanzen und zur Moderation der kommunalen Wünsche, Nahverkehrsplanung geriet zum singulären Akt, eigene fachliche Ideen kommen nicht vor, Initiativen der Kreisverwaltung, unterstützt durch die CDU dienen einzig und allein der Kostenentlastung.

Der Kreis Neuss braucht mittelfristig eine Anbindung an VRR und VRS, intern eine intelligente Vernetzung in Form von Bahn, Bus und AST im ländlichen Bereich. Auch das Manko, keine eigene Verkehrsgesellschaft für die Nahverkehrsplanung zu haben, könnte der Kreis überwinden, wenn man die alten Animositäten beiseite schobe und der Tochter der Stadt Neuss, den SWN, ein Kooperationsangebot unterbreitete.

Was spricht dagegen, dass die Stadtwerke Neuss mit ihrem hochqualifizierten Personal die Nahverkehrsplanung für den Kreis Neuss übernimmt und tragfähige Konzepte – auf der Grundlage des neuen EU-Rechtes in Kooperation mit den Verkehrsbetrieben im Kreis entwickelt? Warum verzichten wir auf dieses geballte Know-how?

Lärm gehört zu den tückischsten Gesundheitsgefahren, Lärm kann Menschen zur Verzweiflung treiben und irreparable Schäden verursachen.

Nun haben die Korschenbroicher Bürgerinnen und Bürger Grund zur Freude. Die rot-grüne Bundesregierung hat die neue Landeplatz-Lärmschutz-Verordnung in Kraft gesetzt. Sie gilt insbesondere für Landeplätze wie Mönchengladbach und regelt dort den Verkehr mit kleinen Propellermaschinen bis 9t, das sind 90 % aller Sportmaschinen, neu.

Ab dem 1. April, kein Scherz, dürfen in Düsseldorf die sog. Krachmühlen (Kapitel 2-Maschinen) nur noch zwischen 8 und 19 Uhr starten und landen, gut für Meerbusch, gut für den Neusser Norden. Noch besser wäre aus unserer Sicht ein vollständiges Verbot der Krachmühlen, die Lufthansa und LTU nicht mehr einsetzen.

## **Leitbild V**

### **Ein weltoffener Kreis – über die gleichberechtigte Zusammenarbeit freier Partner**

Es ist für uns Grüne erfreulich, mit anzuhören, wie unser gutes altes programmatisches Schlagwort vom "Europa der Regionen" sprachlicher Allgemeinplatz geworden ist.

Auch der Kreis Neuss baut mit am europäischen Haus. Noch liegt der Schwerpunkt auf dem Ausbau des Ostflügels. Die Kontakte nach Polen, zum Kreis Mikolow, sind vielfältig und gut: Hilfen beim Verwaltungsaufbau, wirtschaftliche, kulturelle, sportliche Beziehungen und besonders wichtig: die Begegnung von Jugendlichen.

Wir möchten, dass sich die Erfolgsstory wiederholt. Machen Sie es möglich, dass auch in diesem Jahr wieder Schülerinnen und Schüler aus dem Kreis Neuss in den Kreis Mikolow fahren können. Die zurückliegende Fahrt hat mehr Vorurteile abgebaut als dies 100 Unterrichtsstunden können!

Ohne den Ostflügel zu vernachlässigen, muss auch der Westflügel renoviert werden. Leider berichten die Vertreter des Kreistages in den Euregio-Gremien nie, so dass nur die beiden grossen Parteien Näheres wissen. Hier möchten wir aber einen Schwerpunkt der zukünftigen Kreispolitik sehen.

Auch die entfernteren Nachbarn vergessen wir nicht. Kontakte zu Kolumbien und New Mexiko sind vorhanden. Wir sollten darüber im Kreisausschuss noch einmal ausführlicher beraten. Folgende Aspekte schlagen wir vor: New Mexiko "Bildung und Kultur", und Kolumbien: "Hilfen beim Aufbau der Zivilgesellschaft".

Bei allem dürfen wir aber die Mitbewohner unseres Hauses, die kreisangehörigen Kommunen und die unmittelbaren Nachbarn in der Region nicht vernachlässigen.

Nun hat die CDU ihren Burgfrieden vor der Wahl gefunden, heikle Themen im Verhältnis zur Stadt Neuss spricht sie nicht mehr an, das haben die Spitzenkandidaten offensichtlich so vereinbart.

## Seite 18 der Haushaltsrede 1999 von Erhard Demmer, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Nun, wir Grüne haben da keine Probleme.

Von Bonussystem und Kreisverkehrsgesellschaft war schon die Rede, aber es gibt noch eine Reihe weiterer ungelöster Probleme: Eines möchte ich herausgreifen: das Verhältnis von Stadtwerken Neuss und Kreiswerken Grevenbroich.

Warum muss man sich eigentlich immer so beharken? Woran scheitert eine sinnvolle Kooperation in verschiedenen Geschäftszweigen - im beginnenden europäischen Wettbewerb ein Muss! Es gibt ja schon verschiedene Modelle, von Kooperation bis Fusion alles vorhanden. Warum Stillstand? Vielleicht bringen neue politische Mehrheiten im September die Sache weiter.

Ähnlich die Problematik in der Region. Während einige politische Akteure in der Stadt Neuss weiterhin Probleme im Verhältnis zu Düsseldorf haben – "Hilfe, die wollen uns eingemeinden" -, kommt der Kreis gut mit dem Zentrum aus (Rheinbahn, Euroga und Messe). Kreis und Stadt können aber nur weiterkommen, wenn die Region stark ist und für den Süden des Kreises gehört dazu auch Köln. Hier müssen Kontakte institutionalisiert werden. Öffentliche Angebote in den Bereichen Verkehr, Energie und Versorgung werden nur so überleben können!

Ein weltoffener Kreis wollen wir sein – wie beschämend ist es da, dass die Kreis-CDU an der Anti-Doppelpass-Kampagne teilgenommen hat.

Auch Goethe würde sich schämen, Bismarck vielleicht nicht. Eines seiner markigen Worte haben Sie, Herr Gegenkandidat, quasi als Leitmotiv Ihrer Haushaltsrede vorangestellt.

Wußten Sie eigentlich schon, dass Bismarck Jahre seiner Kanzlerschaft fernab und unerreichbar für die Presse auf seinen Landgütern verbrachte? Ein wahrhaft dialektischer Widerspruch!

## Seite 19 der Haushaltsrede 1999 von Erhard Demmer, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ich danke fürs Zuhören, Susanne Stephan-Gellrich für das gute Bild, Jutta Sapotnik, Willi Vögeli und Manfred Haag für die Mitarbeit, den heimischen Produkten von Bolten und Frankenheim, dass sie mir nach getaner Arbeit zu entspannen halfen, Heinrich Heine, dem großen politischen Dichter und dem großen Goethe für den unerschöpflichen Quell seiner Weisheiten.

Am 28. August jährt sich sein 250. Geburtstag, 15 Tage später wissen wir, ob die Möglichkeit für neue Mehrheiten im Kreis Neuss gegeben ist. Einmal schon haben wir mit unserer Voraussage Recht behalten – in der letzten Haushaltsrede sagten wir das Ergebnis der Bundestagswahl voraus. Wer Realist ist, weiss, dass trotz allen Lokalkolorits viel davon abhängen wird, wie die Bundesregierung weiterarbeitet. Kanzler Schröder sollte deshalb das Wort Winston Churchills beherzigen "Ein kluger Mann macht nicht alle Fehler selber, er gibt auch anderen eine Chance."

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN sind zum Politikwechsel im Kreis Neuss bereit.